



THE JACOB RADER MARCUS CENTER OF THE
AMERICAN JEWISH ARCHIVES

MS-763: Rabbi Herbert A. Friedman Collection, 1930-2004.

Series H: United Jewish Appeal, 1945-1995.

Subseries 2: Correspondence, 1947-1982.

Box
25

Folder
17

Lilienfeld, Goerg von. 1948-1966.

For more information on this collection, please see the finding aid on the
American Jewish Archives website.

GERMAN EMBASSY
4645 RESERVOIR ROAD N.W.
WASHINGTON, D. C. 20007



AIR MAIL

AMERICAN JEWISH
ARCHIVES

Rabbi Herbert Friedman
Executive Chairman
United Jewish Appeal
1290 Avenue of the Americas
New York, N.Y. 10019

Embassy
of the
Federal Republic of Germany
Washington, D. C.
Minister Georg von Lilienfeld

November 23, 1966

Rabbi Herbert Friedman
Executive Chairman
United Jewish Appeal
1290 Avenue of the Americas
New York, N.Y. 10019

Dear Mr. Friedman:

In view of the reference in some of the news media of this country to Ministerpraesident Kiesinger's alleged "Nazi"-background, this Embassy has obtained the verdict of the denazification court which in 1948 examined his case. I am taking the liberty of enclosing a copy of it in German and an English translation of its most relevant paragraphs for your information.

As you will see from this document, Mr. Kiesinger was not only completely exonerated, but the court - after careful examination of all the evidence - also certified that he repeatedly risked his position, freedom and even his life by actively resisting the NS regime and by assisting other persons who were persecuted for political reasons. As you know, the findings of these German denazification courts were subject to review by the occupation authorities.

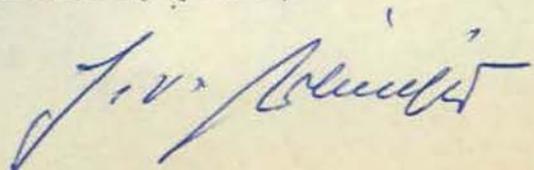
We do feel that these facts ought to also receive consideration when judging the political past and the personal integrity of a man who has won great merits and proved himself as Dr. Adenauer stated recently an "upright democrat who had in no way incriminated himself in the years of the NS regime".

I am also enclosing a brief biography of Dr. Kiesinger. Both documents, however, are only material to be used but not meant for publication.

In view of yours and your groups recent visit to Germany I thought that this matter might find your particular interest.

With kindest personal regards,

sincerely yours,



Abschrift
von der beglaubigten Abschrift

Die Spruchkammer
des Landkreises Scheinfeld

Scheinfeld, den 6.8.1948

Akt.Z. 642/47
46/1426/485

Rechtskräftig
am 16. August 1948

gez. Zenker

Auf Grund des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 erlässt die Spruchkammer Scheinfeld bestehend aus

1. Verwaltungsangestellten Ludwig Wenz als Vorsitzender,
2. Angestellten Hans Langguth, Scheinfeld als Beisitzer,
3. Hausmeister Hans Hilgert, Scheinfeld als Beisitzer

gegen K i e s i n g e r Kurt, Georg, Rechtsanwalt, geb. 6.4. 1904 zu Ebingen (Württemberg), wohnhaft in Scheinfeld, Schwarzenbergerstrasse 21 im schriftlichen Verfahren folgenden

Spruch:

- I. Der Spruch der Spruchkammer Scheinfeld vom 12.3.1947 wird aufgehoben.
- II. Der Betroffene ist Entlasteter.
- III. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.
- IV. Die Festsetzung des Streitwertes bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten.

gez. Ludwig Wenz gez. Hans Langguth gez. Hans Hilgert

Begründung:

Der Betroffene war Mitglied der NSDAP seit 1.5.1933 ohne Amt und Rang. Er wurde durch rechtskräftigen Spruch der Spruchkammer Scheinfeld vom 12. März 1947 in die Gruppe IV des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus mit der zulässigen Mindestsühne von 50,- RM eingereiht. Die Kammer anerkannte auf Grund des von dem Betroffenen beigebrachten Entlastungsmaterials, daß er nach dem Maß seiner Kräfte aktiv Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistet hat. Jedoch hielt sie die weitere Voraussetzung des Art. 13 BefrG. für eine Einstufung in Gruppe V (Entlastete), durch den Widerstand erlittene Nachteile, nicht für voll erwiesen.

In Anbetracht der tadellosen Gesamthaltung des Betroffenen hielt aber die Kammer die nach dem BefrG. zulässige Mindestsühne für ausreichend.

Gegen diesen Spruch hat der Betroffene am 18.4.1947 bei der Berufungskammer in Ansbach Berufung eingelegt. Die Berufungskammer hat die Berufung im schriftlichen Verfahren durch Spruch vom 4.5.1948 als unbegründet zurückgewiesen, da der Betroffene nicht bewiesen habe, daß er durch seinen Widerstand wirtschaftliche Nachteile erlitten habe oder für ihn eine "besondere Gefährdung" bestanden habe.

Nunmehr hat der Betroffene mit Schreiben vom 1.8.1948 Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß Art. 48 des BefrG. gestellt. Er hat zur Begründung dieses Antrages eine Anzahl neuer Urkunden vorgelegt. Im einzelnen handelt es sich um folgende Erklärungen:

- 1.) Eidesstattl. Erklärung d.Univ.Prof.Dr.Ernst Wolf v. 12.7.1948,
- 2.) Eidesstattl. Erklärung d.Schriftstellers Kurt Mair v.8.7.1948,
- 3.) Abschrift des Spruches der Spruchkammer 4 Stuttgart v.18.12.1947,
- 4.) Zeugnis des Landrates v.Ingolstadt, Dr.Gerhard Kramer v.21.7.48,
- 5.) Eidesstattl. Erklärung d.Gisela Bockelmann v.6.6.1947,
- 6.) Zeugnis des Senatsdirektors und Sekretärs des Zonenbeirates Kajus Köster v. 13.5.1947.

Diese Urkunden erweitern in erheblichem Umfang das Material, welches den Entscheidungen der Spruchkammer Scheinfeld und der Berufungskammer in Ansbach zugrunde gelegen hat. Insbesondere erbringen sie für die Feststellung der vom Betroffenen im Sinne des Art. 13 BefrG. durch dessen Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft erlittenen Nachteile neue wesentliche Tatsachen und Beweismittel.

Auf Grund dessen wurde dem Antrag des Betroffenen auf Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß Art. 48 BefrG. durch Beschluß der Spruchkammer Scheinfeld vom 6.8.1948 stattgegeben.

Die Würdigung dieser neuen Tatsachen und Beweismittel führte zu einer vollen

Entlastung des Betroffenen.

Der Betroffene hat von Anfang an dargetan, daß er lediglich im Zusammenhang mit Verhandlungen mit Reichsstellen über die Verhinderung der gewaltsamen Auflösung katholischer Akademikerverbände unter Betonung seines weltanschaulichen Standpunktes in die NSDAP

eingetreten sei. Sobald er - spätestens nach den Ereignissen anlässlich des sogenannten Röhmputsches im Sommer 1934 - das wahre Gesicht des Nationalsozialismus erkannt habe, habe er sich zum Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft im Rahmen seiner Möglichkeiten entschlossen.

Diesen Widerstand habe er geleistet:

- 1.) durch seine Weigerung als Referendar und als Rechtsanwalt in den nat. soz. Rechtswahrerbund einzutreten,
- 2.) durch eine von 1933 bis Februar 1945 sich erstreckende private Lehrtätigkeit vor Rechtsstudenten, in welcher er seinen rechtsstaatlichen Standpunkt und seine Ablehnung des nat. soz. Regimes offen und mit erzieherischer Absicht vertreten habe,
- 3.) durch erfolgreiches aktives Eintreten für vom Nat. Soz. politisch Verfolgte,
- 4.) durch eine ausgedehnte Widerstandstätigkeit während seiner Kriegsdienstverpflichtung im Auswärtigen Amt.

Durch jede einzelne dieser Widerstandstätigkeiten habe er ein solches Maß an beruflichem und persönlichem Risiko übernommen, daß er bei Entdeckung seines aktiven Widerstandes einer unmittelbaren Verfolgung ausgesetzt gewesen wäre.

Während die Kammer schon in ihrem Spruch vom 12.3.1947 den vom Betroffenen behaupteten Widerstand für bewiesen erachtete, hielt sie den Beweis für die infolge dieses Widerstandes erlittenen Nachteile nicht für voll erbracht. Durch das neue vom Betroffenen vorgelegte Entlastungsmaterial hat er nicht nur den Nachweis seines Widerstandes erheblich erweitert und bekräftigt, sondern auch vollen Beweis der erlittenen Nachteile erbracht.

Ob diese Feststellung auch für seinen Konflikt mit dem nat. soz. Rechtswahrerbund voll zutrifft, kann dahin gestellt bleiben. Jedenfalls gilt sie ohne Zweifel für die übrigen Punkte der Verteidigung des Betroffenen.

Wenn nach den Unterlagen der früheren Entscheidungen noch Zweifel bestehen konnten, ob die juristische Lehrtätigkeit des Betroffenen derart war, daß er sich bei einer Entdeckung einer unmittelbaren Verfolgung und Gefährdung seiner persönlichen Sicherheit ausgesetzt gesehen hätte, so haben die neuen Zeugnisse diesen Zweifel restlos beseitigt. Dafür bürgen sowohl die Persönlichkeiten der Zeugnis ablegenden ehemaligen Schüler des Betroffenen, als auch der Inhalt ihrer Erklärungen.

Der Senatsdirektor und Sekretär des Zonenbeirats Kajus Köster bezeugt:

"Ich kenne kaum jemand, der während des Krieges seinen Glauben an die Werte der Bürgerlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit und seinen Hass gegen Knechtschaft und Willkür so offen - dazu als Lehrender - ausgesprochen hat. Kiesinger hat in Hunderten von jungen Leuten den Glauben an den Sinn und den Sieg des Rechtes eingepflanzt und aufrecht erhalten. Ich wüßte niemanden, dessen Wirken heute notwendiger wäre als das seinige, da diese Güter heute von allen Seiten von neuen bedroht sind."

Die Zeugin Gisela Bockelmann erklärt, daß der Betroffene für die Freiheit der Persönlichkeit und für rechtsstaatliche Ideen eingetreten sei und sich gegen die Vergewaltigung des Rechts durch das damalige Regime mit so scharfer Ablehnung ausgesprochen habe, daß ihn die eigenen Schüler ermahnen mußten, vorsichtiger in seinen Äußerungen zu sein.

Universitätsprofessor Dr. Ernst Wolf, selber ein politisch Verfolgter der nat. soz. Gewaltherrschaft, beurteilt die Lehrtätigkeit des Betroffenen wie folgt:

"In den juristischen Unterrichtskursen, die Herr Kiesinger abhielt, gehörte es zu seinem regelmäßigen Programm, der Nationalsozialistischen Verwilderung unmittelbar - durch offenen Widerspruch - und mittelbar - durch Wecken geistiger und moralischer Abwehrkräfte - entgegenzuwirken. Herr Kiesinger war auch hierbei von außergewöhnlichem Mut, da er nicht aller Schüler sicher sein konnte und seine Äußerungen auch außerhalb ihres Kreises verbreitet wurden. Der politische Einfluß, den Herr Kiesinger auf diese Weise ausübte, ist bei seiner großen Schülerzahl, seinem pädagogischen Geschick, seinem Ansehen und seiner Beliebtheit nicht hoch genug einzuschätzen."

Auch der Schriftsteller Kurt Mair bezeugt, daß der Betroffene seine antinationalsozialistische Überzeugung nicht nur in der Form theoretischer Darlegungen, sondern in unerschrockener scharfer Kritik am damaligen Regime bei seiner Lehrtätigkeit vertrat.

Alle diese Zeugnisse schätzen den anti-nationalsozialistischen Einfluß, welchen der Betroffene auf seine damaligen Schüler ausübte, sehr hoch ein. Sie ergeben eindeutig, daß der Betroffene dabei weit über den Rahmen einer blossen akademischen Kritik hinausging und durch unmittelbare Angriffe auf die Gewaltpolitik des

Regimes nicht nur seine berufliche Existenz, sondern auch die Sicherheit seiner Person aufs Schwerste gefährdete. Es kann kein Zweifel bestehen, daß bei einer Entdeckung dieser Tätigkeit die schwersten Maßnahmen durch das Regime gegen den Betroffenen verhängt worden wären.

Demnach hat der Betroffene durch diese Tätigkeit allein schon die Voraussetzungen des Art.13 BefrG. voll erfüllt.

Dasselbe gilt für das Eintreten des Betroffenen zum Schutze politisch Verfolgter. Es muß als erwiesen gelten, daß der Betroffene während seiner Kriegsdienstverpflichtung im Auswärtigen Amt in einer Reihe von Fällen durch politische Verfolgung Bedrohten tatkräftig Schutz und Hilfe angedeihen ließ. (Zeugnisse Mair vom 8.7.1948 und Kramer v.21.7.1948). Besonders hervorgehoben ist die aktive Hilfe, die der Betroffene seinem damaligen Schüler, dem jetzigen Univers.Prof.Dr.Ernst Wolf erwies. Der Betroffene hat dargelegt, wie es ihm durch ein waghalsiges Täuschungsmanöver gelang, die Entlassung des von der Gestapo wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhafteten, in den Kellern des Reichssicherheitshauptamts verwahrten damaligen Studenten Ernst Wolf, der bereits aus Verzweiflung einen Selbstmordversuch unternommen hatte, durchzusetzen, Wolf hat in einer ausführlichen, eindrucksvollen eidesstattl. Erklärung diese Angaben voll bestätigt und erklärt, daß er dem Betroffenen die Rettung seines Lebens verdanke. Außerdem hat er bezeugt, daß der Betroffene diese Aktion nicht als Strafverteidiger und nicht mit den einem solchen zur Verfügung stehenden Mitteln, sondern als Privatmann, ohne Honorierung aus reiner Hilfsbereitschaft durch eine kühne Irreführung des Gestapokommissars unternommen und erfolgreich durchgeführt hat. Auch in diesem Falle hat der Betroffene durch sein aktives Eingreifen zum Schutze eines politisch Verfolgten und durch Übernahme eines großen persönlichen Risikos für den Fall des Mißlingens der Täuschung beide Voraussetzungen des Art. 13 BefrG. voll erfüllt.

Dieselbe Feststellung gilt schließlich für die umfangreiche Widerstandstätigkeit des Betroffenen während seines Kriegsdienstes im Auswärtigen Amt, welche durch die Erklärung des Sekretärs des Zonenbeirats Kajus Köster, des Schriftstellers Kurt Mair und des Landrates Dr. Gerhard Kramer, alles ehemalige Kriegsdienstmitarbeiter des Betroffenen voll gezeugt wird.

Diese Zeugnisse werden durch die Ausführungen des Spruches der Spruchkammer 4 in Stuttgart v.18.2.1947 Akz. 37/7/8065, auf welche die Zeugen Mair und Kramer Bezug nehmen, erhärtet.

Danach hat der Betroffene gemeinsam mit anderen Gegnern des nat. soz. Regimes während des Krieges eine Widerstandgruppe gebildet, die insbesondere durch systematische Verbreitung objektiven, unverfälschten Nachrichtenmaterials verantwortliche Kreise über die wirkliche Lage aufzuklären trachtete. Ferner hat der Betroffene seine Stellung dazu benützt, um - entgegen den Weisungen seines eigenen Ministers - die Übertragung der hetzerischen, lügenhaften nationalsozialistischen Propagandamethoden auf die in das Ausland gerichteten fremdsprachigen Rundfunksendungen weitgehend zu sabotieren und zu verhindern. Schließlich hat er durch Rat und Tat nach dem Zusammenbruch der Aktion vom 20. Juli 1944 an einer erneuten Sammlung von Gegnern des Regimes, insbesondere unter Einbeziehung hoher kirchlicher Persönlichkeiten, seither gearbeitet. Das Ziel dieser Verbindung war, wie insbesondere die im Verfahren vor der Stuttgarter Kammer verwerteten Zeugnisse des Bischofs Theodor Heckel und des Kardinals Faulhaber bestätigen, auf eine Ablösung der nat. soz. Machthaber, eine Bekämpfung der nat. soz. Ideologie und eine baldige Beendigung des wahnsinnigen Krieges gerichtet. Wenn auch die direkten Verhandlungen durch den Zeugen Mair geführt wurden, so bezeugt doch dieser sowohl wie der ebenfalls beteiligten Landrat Dr. Kramer, daß der Betroffene beratend und aktiv an dieser Aktion teilgenommen hat. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sämtliche Beteiligte im Falle der Entdeckung der Aktion mit einem Todesurteil zu rechnen hatten.

Dem Betroffenen muß daher auf Grund dieser Beweise, an deren Zuverlässigkeit nach den Persönlichkeiten der Zeugen und nach dem Gewicht ihrer Aussagen kein Zweifel bestehen kann, bestätigt werden, daß er vom Beginn des "Dritten Reiches" bis zu dessen Ende seiner jeweiligen Stellung und seinen jeweiligen Möglichkeiten entsprechend, aktiven und wirksamen Widerstand gegen die nat. soz. Gewaltherrschaft nach dem Masse seiner Kräfte geleistet hat. Er hat durch diesen Widerstand nicht nur bewiesen, daß er ein mutiger und unentwegter Gegner des nat. soz. Regimes war, sondern er hat unter der Gefahr jederzeitiger Entdeckung auch das Risiko übernommen, Gut, Freiheit und Leben zu verlieren. Damit hat er die Voraussetzungen des Art. 13 BefrG. einwandfrei erfüllt. Er war somit zu entlasten.

Der Ausspruch im Kostenpunkt beruht auf Art.57 des
Befr.Ges. und § 7 der Geb.O.z.BefrG.

(gez.) W e n z

Beglaubigt:

(gez.) Z e n k e r

Stempel

Spruchkammer Scheinfeld

Anerkennung:

Entscheidung für die franz.Zone anerkannt.
auf Grund erlasses der Délégation Supérieur
pour le Gouvernement Militaire du Wurtemberg
vom 2.10.1947 Nr. 4674 SAA/INT/GV/JP.

Tübingen, den 15.9.1948

Anerkennungs-

Verz.Nr.753

Geb.1,-DM

Geb.Verz.Nr.2876

Der Staatskommissar f.d.pol.Säuberung

(gez) M a y e r

Beglaubigt

gez. Rist

L.S.

Justiz-Sekretär

(Württemberg-
Hohenzollern
Justizministerium)

Die Übereinstimmung vorstehender Fotokopie von einer beglaubigten Abschrift wird beglaubigt.

Stuttgart den 15. November 1966

Unterschrift

L.S.

Ministerialhauptsekretär

(Baden-Württemberg
Justizministerium)



Partial Translation

of Decision of De-Nazification Court at Scheinfeld, August 6, 1948

The evaluation of the facts and evidence introduced by Mr. Kiesinger has led to his complete exoneration:

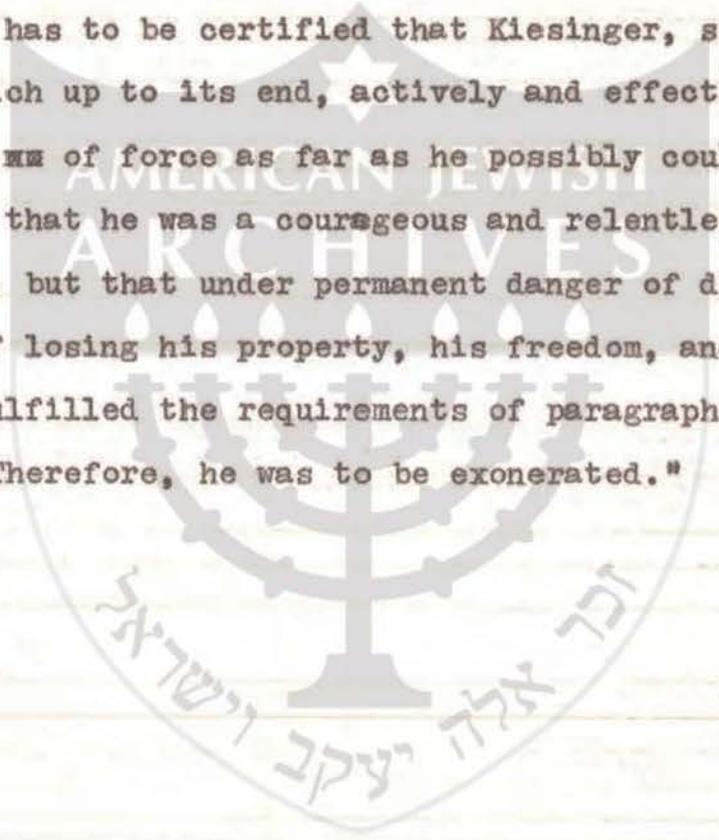
"From the very beginning Kiesinger has shown that he had joined the N.S. party merely in connection with negotiations with government authorities about the prevention of the wanton dissolution of associations of Catholic university graduates. As soon as he discovered the true facts of National Socialism he determined to oppose its tyranny wherever possible.

This evidence highly values the anti-national socialist influence which Kiesinger exercised on his then pupils. It clearly shows that Kiesinger went far beyond a merely academic criticism and that he - by direct attacks on the regime's policy of violence - highly endangered not only his professional existence but also his personal safety. There can be no doubt that the regime would have taken severest measures against Kiesinger if this activity had been discovered. The same applies not only to his assistance rendered to persons persecuted for political reasons - as has been proved, Kiesinger energetically granted protection and help to a number of political persecutees during his wartime service in the Foreign Service - but also to his extensive active resistance during that time.

Together with other opponents of the Nazi regime, Kiesinger during the war formed an organisation of resistance whose aim it was to enlighten responsible circles about the actual situation by systematic dissemination of objective and untinted news. Finally, after the failure of the attempt on Hitler's life on July 20, 1944, Kiesinger tried by counsel and by deeds to reassemble the opponents of the

regime, including especially high personalities of the church. The aim of this organisation was the abolition of the Nazi dictators, the struggle against the Nazi ideology, and the early termination of the senseless war. There is no doubt that all participants had to face the death sentence in case their activities were discovered.

On the basis of this evidence, of the reliability of which there can be no doubt, it has to be certified that Kiesinger, since the beginning of the Third Reich up to its end, actively and effectively resisted the Nazi regime ~~in~~ of force as far as he possibly could. Thereby he not only proved that he was a courageous and relentless opponent of the Nazi regime, but that under permanent danger of discovery he also took the risk of losing his property, his freedom, and his life. Thus he completely fulfilled the requirements of paragraphe 13 of the Law of Liberation. Therefore, he was to be exonerated."



Kurt-Georg K i e s i n g e r

Minister President (Governor) of Baden-Wuerttemberg

- - -

Kurt-Georg Kiesinger was born April 6, 1904, of an old Roman Catholic merchant family in the little town of Ebingen, Swabia, in Southwest Germany. He attended primary and secondary schools in his home town, the Catholic Teachers' Institute in Rottweil, and received his baccalaureate degree in Stuttgart. Subsequently he took up postgraduate studies in philosophy, history, and law at the Universities of Tuebingen and Berlin.

While working in a Berlin factory to earn his college tuition, Kiesinger came into contact with the renowned Catholic social philosopher Carl Sonnenschein, who strongly influenced his early political views.

In 1931 Kiesinger graduated from the University of Berlin with highest honors. In order to gain admission to the Bar, he became a nominal member of the national socialist party in 1933 and started a private law practice in Wuerzburg in 1934. In 1935 he was accredited as a lawyer at the Berlin Court of Appeals.

Deeply shocked and horrified by Hitler's sanctioning of the series of political assassinations committed by the Nazis in 1934, Kiesinger soon found himself more and more in opposition to the Nazi Party.

He did not formally renounce his party membership as such an overt act of protest could have endangered his and his family's livelihood, but he refused any active support and stopped paying his dues. When he was offered a position in public administration or a university teaching career - on condition that he join the Nazi lawyers' association - he rejected both and pursued his private law practice.

In 1940 Mr. Kiesinger was drafted for wartime service in the German Foreign Office and was assigned as a non-career junior employee to its radio and information section. As was revealed by a Gestapo investigation in November 1944, Mr. Kiesinger successfully sabotaged plans to turn the Foreign Office into a center of anti-semitic propaganda. He was also denounced to the Gestapo for "defaitism" and "subversion".

Like all members of the German Foreign Office, Mr. Kiesinger came under the "automatic arrest"-clause of the Allies at the end of the war. He was interned by the U.S. occupation authorities in Ludwigsburg for 18 months and released after an investigation by the occupation authorities into his political past. A German "denazification court" (Spruchkammer), supervised by allied authorities later, cleared him of any suspicion of Nazi activities and declared him eligible to hold office under the occupation.

In 1949 Mr. Kiesinger was elected to the German Bundestag (Parliament) where he soon played a decisive role in the reconstruction of a democratic Germany and its integration into the Western world.

In 1950 he was elected to the Juridical Committee for the Schuman-Plan which prepared the way for the European Coal and Steel Community. He also became a member of the Consultative Assembly of the Council of Europe. In 1955 this Assembly, which represents the parliaments of 15 European nations, elected him its vice-president. In another European institution, the West European Union (WEU), Mr. Kiesinger was elected floor leader of the European Christian Democrats until 1958.

In 1954 the Foreign Relations Committee of the German Bundestag unanimously elected Mr. Kiesinger as its chairman.

In December 1958 Mr. Kiesinger was elected with a great majority as Prime Minister of Baden-Wuerttemberg. He was President of the German Bundesrat (Upper House) - and in this capacity he was acting Federal President of Germany in the absence of the President - from 1962 to 1963. In 1963 he was named Chairman of the Cultural Committee provided for in the French-German treaty of Friendship. Mr. Kiesinger wears one of the highest decorations of the French Republic, the "Legion d'Honneur".

As his participation in various European institutions shows, Mr. Kiesinger was among the most active promoters of European unity. He was also one of the most eloquent advocates of German integration in NATO. As chairman of the Foreign Relations Committee in the Bundestag he was a strong supporter of the United States as well as of close cooperation with the French, and one of the architects of the pro-Western policies of the Adenauer era. He also was a staunch advocate of restitution to the victims of nazism and of the extension of the statute of limitations.

28 November 1966

Minister Georg von Lillienfeld
Embassy of the Federal Republic of Germany
4645 Reservoir Road N. W.
Washington, D. C. 20007

Dear Minister von Lillienfeld:

I have your letter of 23 November regarding the background of Mr. Kiesinger, which I have read with a great deal of interest.

I have noted your comment that this material is not meant for publication; therefore I shall bring it to the attention privately of some of my friends, particularly those who participated in our recent visit to Germany.

By the way, let me thank you for the cooperation we received everywhere we went. I am sure this was due to the original memorandum you sent after we had our meeting at your Embassy last spring. The next time I am in Washington I should like to give you a detailed report which would take me too long now to dictate, on the results of our visit. In one sentence let me say that I thought it was extremely useful and gave us a much deeper understanding of many of the problems involved. We were particularly impressed with Minister Paul Lucke.

With regard to Mr. Kiesinger, it would seem to me that he will be judged much more by his future than by his past.

With kindest regards and looking forward to seeing you again, I am,

Sincerely yours,

HAF:gb

Herbert A. Friedman
Executive Vice-Chairman